

Die Ergebnisse  
der Bundestagswahl  
sind trotz des Sieges der Union  
eine Warnung

## Vertrauensverlust der Volksparteien?

Georg Fahrenschon

Am 27. September 2009 haben die Wählerinnen und Wähler einen klaren Regierungsauftrag erteilt. CDU/CSU und FDP sollen Deutschland aus der Krise führen. In schwieriger Zeit vertrauen die Bürgerinnen und Bürger vor allem CDU und CSU, die Herausforderungen Beschäftigung, Aufschwung und Schuldenbegrenzung zu lösen. Fast hätte man es in den Tagen vor der Wahl nicht mehr zu glauben gewagt: Das bürgerliche Lager kann noch gesamtdeutsche Wahlen gewinnen. Das ist gerade in Zeiten einer weltumspannenden Wirtschaftskrise ein ermutigendes Zeichen. Es eröffnet die Möglichkeit, unter Beweis zu stellen, dass Politik ohne sozialdemokratische Behinderung erfolgreich für Deutschland sein kann.

Die neue Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen stehen vor gewaltigen Aufgaben. Die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger sind hoch. Die Krise ist keineswegs zu Ende. Es gilt, den Aufschwung zu stärken und die Staatsfinanzen wieder in Ordnung zu bringen. Die Koalitionsvereinbarung wird hierzu eine gute Grundlage sein. Es muss CDU und CSU nicht schaden, wenn dabei auch Unterschiede zur FDP klar werden, vor allem wenn es um soziale Anliegen geht. CDU und CSU haben sich in der Vergangenheit auch immer als Anwalt der Sorgen und Nöte der „kleinen Leute“ verstanden. Darauf wird es in den kommenden vier Jahren ankommen.

Gleichzeitig werden drei Oppositionsparteien sich fast täglich gegenseitig überbieten, wer der bürgerlichen Regierung

die noch größere soziale Kälte vorwerfen kann. Das werden 48 Monate harter Auseinandersetzung. Es geht vor allem um glaubwürdige Politik und Vertrauen. Verloren gegangenes Vertrauen lässt sich nur sehr schwer und nur schrittweise durch gute Regierungsarbeit zurückgewinnen.

Die großen Parteien werden kleiner, die kleinen größer. Dieser Trend hat sich auch am 27. September 2009 scheinbar fortgesetzt. Selbst ernannte Fachleute werden nun mehr denn je die Frage nach der Zukunft von Volksparteien aufwerfen. Mit bundesweit nur 23,0 Prozent der Zweitstimmen hat die SPD in der Tat eine kritische Marke erreicht. Wir haben zudem seit Jahren einen gefährlichen Trend in Deutschland: Einzelinteressen werden immer gewichtiger. Die Hausärzte streiten mit den Fachärzten. Die Milchbauern fühlen sich von den anderen Bauern nicht ausreichend unterstützt. Piloten und Lokführer nützen ihre Schlüsselstellung, Forderungen allein zu ihren Gunsten durchzusetzen. Die Piratenpartei erhält bundesweit 850 000 Stimmen (!) mit dem alleinigen Ziel, freies Internet einschließlich freien Herunterladens – ohne die Gefahren des Internets für den Einzelnen und den Missbrauch durch Terroristen abzuwägen. Eine insgesamt durchaus besorgniserregende gesellschaftliche Entwicklung. Es muss uns wieder gelingen, diese Gruppen für die Volksparteien zu gewinnen. Eine Demokratie braucht Volksparteien, die dem Gemeinwohl verpflichtet sind. Sie bündeln die unterschied-

lichen Interessen bestimmter Berufs-, Bevölkerungs- und Altersgruppen und versuchen, diese auszutarieren. Auf diesem Grundgedanken wurde nach 1945 auch die „Union“ gegründet, CDU und CSU öffneten sich für alle Altersgruppen, Berufe, Glaubensbekenntnisse und Religionen. Ohne Volksparteien läuft unser Gemeinwesen Gefahr, dass Verteilungskonflikte offen ausgetragen werden und zu tiefen Rissen und Spaltungen führen.

Das Ergebnis der Bundestagswahl bedarf insoweit einer sorgfältigen Analyse. Die letzten vier Jahre wurde Deutschland von einer Großen Koalition zweier Volksparteien regiert. Nicht aus Überzeugung, die Mehrheitsverhältnisse im Bundestag zwangen dazu. Die vier Jahre nötigten beiden Parteien permanent Kompromisse ab, was verständlicherweise von Mitgliedern und Anhängern zunehmend missmutiger aufgenommen wird. Die Unzufriedenheiten türmen sich in 48 Monaten durchaus. Große Koalitionen haben auch früher zur Stärkung der Ränder geführt. In einer Zeit abnehmender fester Parteienbindungen kommt es fast schon logisch zu einer deutlicheren Verschiebung nach „außen“. Viele Wähler wollen sichergehen, dass es zu keiner Koalition der großen Zugeständnisse und kleinen Lösungen mehr kommt. Dieses sogenannte taktische Wählerverhalten nimmt zu, das ist unbestritten. Insoweit sind die jetzt klaren Mehrheiten auch eine Chance der größeren Parteien, diese Wählerinnen und Wähler wieder zurückzugewinnen.

Die SPD wird ihre politische Ausrichtung in den kommenden Jahren grundlegend verändern. Die Agenda-Politik von Gerhard Schröder hat der SPD in den letzten beiden Wahlen über zehn Millionen Stimmenverluste gebracht. „Die Linke“ wurde auch im Westen parlamentsfähig. Die ersten personellen Entscheidungen bei der SPD zeigen klar: Die SPD wird nach dem Debakel nach links rutschen. Der Regierungsverantwortung endlich

entledigt, werden Gabriel, Wowerreit und Nahles den Weg bestimmen. Nach dem Motto „Arm, aber sexy“, will heißen: Zahlen sollen die anderen. Olaf Scholz hat es am Tag nach der Wahl schon ausgesprochen, wo die Reise hingehen soll: „Die SPD muss sich öffnen, künftig für alle Parteien im Bundestag koalitionsfähig sein.“ Herrn Gysi und Oskar Lafontaine klingt es in den Ohren. Wowerreit Bundeskanzler, Gysi Bundesumverteilungsminister. Ob die Strategie der SPD, den Linken durch Besetzung linker Positionen das Wasser abzugraben, aufgeht, bleibt abzuwarten. Die traditionellen Arbeiter und Facharbeiter werden es mit Argwohn begleiten.

Aus der Sicht von CDU und CSU ist bei dieser Entwicklung bedeutsam, dass die SPD Wählerschichten weniger bedienen wird, in die Gerhard Schröder vor zwanzig Jahren gestoßen ist. Das ist eine große Chance für die Union, die dabei heimatlos gewordenen Wähler aufzufangen. Die SPD macht die Mitte frei, CDU und CSU muss es gelingen, bei diesen Wählern Vertrauen aufzubauen.

### Taktische und enttäuschte Wechsler

Das Ergebnis der Bundestagswahl darf auch für CDU und CSU kein Anlass zur Selbstzufriedenheit sein. Natürlich, das grundlegende Wahlziel wurde erreicht. Aber gegenüber 2005 konnte die CDU bundesweit kaum zusätzliche Prozente erreichen. Bei sinkender Wahlbeteiligung gleiche Prozente erreicht zu haben heißt nämlich in Wahrheit, weniger Wähler mobilisiert zu haben. Die CSU hat in Bayern zwar zehn Prozent mehr erreicht als die CDU in den anderen fünfzehn Ländern. 42,6 Prozent sind aber sehr ernster Anlass zu kritischer Analyse. In manchen Ländern liegt die CDU nur um die zwanzig Prozent. Insgesamt haben CDU und CSU ihre seit Jahrzehnten schlechtesten Wahlergebnisse eingefahren. Es wartet also genügend Arbeit.

Was sind die Ursachen? Dieser Beitrag kann nur erste Gedankenansätze bringen. Zum einen ist es sicher so, dass mehr noch als 2005 am 27. September nicht wenige Anhänger nach Wegen suchten, eine Große Koalition auszuschließen. Das böse Erwachen und die Enttäuschung nach der Wahl 2005 waren zu groß. Es mag nicht falsch sein, solche Motivation vor allem bei Mittelstand und den freien Berufen verstärkt zu verorten. Erkenntnisse beim Auszählen können als Beleg dienen: Viele Stimmzettel trugen Erststimme CDU oder CSU, Zweitstimme FDP. Bundesweit haben CDU und CSU 2,4 Millionen mehr Erststimmen erhalten als Zweitstimmen. Bei den Erststimmen haben CDU und CSU immerhin 39,4 Prozent erreicht, bei den Zweitstimmen nur 33,8. Umgekehrt bei der FDP: Bei den Erststimmen liegt sie bei nur 9,4 Prozent, bei den Zweitstimmen bei 14,6 Prozent. Vergleicht man beide Differenzen, liegen diese mit 5,2 Prozent beziehungsweise 5,6 Prozent fast identisch.

Diese Zahlen dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass bei einer Analyse taktische Wechsler von enttäuschten Wechslern kaum zu unterscheiden sind. Vor allem im Bereich der freien Berufe des Gesundheitswesens war Auslöser, diesmal FDP zu wählen, eine politische Unzufriedenheit mit der Politik von CDU und CSU. Eine genauere Analyse wird zeigen, dass auch noch verschiedene andere Berufszweige davon betroffen sind.

Auch die erneut gesunkene Wahlbeteiligung fordert eine tiefer gehende Analyse. Minus 6,8 Prozent ist die nackte Zahl. Dies bedeutet aber über vier Millionen Wähler weniger. Es ist kaum anzunehmen, dass dies allein zulasten der SPD ging. Auch hier muss in den kommenden Monaten sorgfältig nach den Gründen geforscht werden. Zumal insgesamt von 62 Millionen Wahlberechtigten nur mehr 44 Millionen ihre Stimme abgegeben haben. Die Differenz von achtzehn

Millionen Wählern muss in doppelter Hinsicht zum Nachdenken führen: Zum einen, wie groß und gefährlich ist ein dahinterstehendes Demokratieverweigerungspotenzial? Nach dem Motto: Was interessieren mich die Wahlen? Ich kann eh nichts beeinflussen. Sind doch alle gleich. Wahlen sind mir egal. Wie auch immer die Antwort lautet, sie ist in Zeiten der Briefwahl nicht auf die leichte Schulter zu nehmen. Gewiss, in anderen Staaten ist die Verweigerungsquote noch höher. Gesellschaftspolitisch ist sie aber allemal als eher besorgniserregend zu konstatieren. Zum anderen müssen CDU und CSU natürlich sorgfältig ausloten, inwieweit bei den Nichtwählern Enttäuschungen über unsere Politik eine Rolle spielten. In bestimmten bauerlichen Bereichen Bayerns kann dies nicht von der Hand gewiesen werden.

### Erschreckendes Spektakel

Erschreckend war am Samstag vor der Wahl die Sendung „TV total“ mit Herrn Raab. Es gab eine Talk-Runde, wobei bewusst alle Grenzen des Anstands niedergerissen wurden: Polemik wurde bewusst angefacht. Ministerpräsident Wulff und Bundesminister zu Guttenberg standen mit dem Versuch, sachlich zu argumentieren, stark im Regen. Im Anschluss gab es dann eine „Wahlabstimmung“ mit Handy und Telefon. Die Abstimmung war nicht repräsentativ, sie ist aber sehr real: Pro Sieben sehen vor allem junge Leute zwischen fünfzehn und dreißig. In manchen Bundesländern wählten diese jungen Leute bis zu fünfzig Prozent „Die Linke“. Zustimmungsqoten von über dreißig Prozent auch in einigen westlichen Ländern. Das muss uns zu denken geben. Wer Freibier für alle verspricht und sagt, die Reichen müssen endlich bluten, bekommt Riesenzulauf bestimmter jüngerer Fernsehzuschauer. Das zeigt, wie unverzichtbar eine breite politische Bildung und Aufklärung sind. Hier liegt eine ganz

wichtige Zukunftsaufgabe. Dies betrifft nicht alle jungen Leute, aber einen bestimmten Teil. Gerade um den müssen wir uns nun stärker kümmern. In den größeren Städten, im sozial und familiär schwierigen Umfeld: Hartz-IV-Karrieren, Perspektivlosigkeit. Zentraler Ansatzpunkt sind Ausbildungsplätze und Arbeit. Über Familie ist hier oft kaum mehr etwas zu machen. Sozial ist, was Arbeit schafft, erhält auch unter diesem Gesichtspunkt zusätzlichen Wert: Ohne Arbeit droht ein weiteres Abgleiten. Dazu mahnt das Raab-Spektakel ganz besonders.

Ich rege an, auch eine Stammwählerdiskussion zu führen. Dies betrifft vor allem stark wertegebundene Wähler und die Frage, ob sich diese in CDU und auch CSU noch ausreichend wiederfinden. Die neueste Enzyklika des Papstes hat bislang in der öffentlichen und veröffentlichten Diskussion in Deutschland keine größere Rolle gespielt. Soweit ich feststellen kann, könnte auch innerhalb der Katholiken und in der Kirche eine verstärkte Diskussion angestoßen werden. Natürlich können CDU und CSU eine solche Diskussion nicht ersetzen. Aber wir können mit dazu beitragen, die Inhalte der Enzyklika in den aktuellen Diskussionen stärker zum Tragen zu bringen. Die klare Gestaltungsmehrheit in Berlin muss daher auch als Chance genutzt werden, christlich wertegebundene Politik stärker in den Mittelpunkt zu stellen. Das muss kein Gegensatz sein zur Öffnung von CDU und CSU für enttäuschte SPD-Wähler der Mitte, die einen Linksruck nicht mitmachen wollen. Natürlich nehmen CDU und CSU auch aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen auf wie den verstärkten Wunsch junger Mütter und Väter, Kinder und Beruf besser vereinbaren zu können. Entschieden widersprechen müssen wir den Diskriminierungsversuchen der anderen Parteien, jene, die Kindererziehung den Vorrang geben, als rückständig dar-

zustellen. Das Gegenteil ist der Fall. Mut zur Kindererziehung müssen wir politisch stärken.

## Mehr ökologische Sensibilität

CDU und CSU könnten auch in ökologischen Fragen sensibler werden. Klimaschutz, Energiewende, Stärkung regenerativer Energien und Energiesparen sind wichtige, im Grunde sehr konservative Themen. Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ist besonderer Ausdruck konservativ geprägter Politik. Frische und mutige Ansätze würden die Akzeptanz unserer Politik gerade auch bei den Jüngeren stärken. Hier haben wir ein Vermittlungsproblem, das wir stärker angehen sollten.

Viele der bislang genannten Fragen gelten außerhalb und in Bayern gleichermaßen. Das Ergebnis des 27. September sollte aber für die CSU Anlass zu besonderer Analyse sein. Der Blick gilt dabei besonders dem ländlichen Raum, in dem die Landwirtschaft noch eine besondere Bedeutung hat. Die Ergebnisse der Wahlkreise zeigen, dass hier die Wahlbeteiligung und der Anteil der CSU besonders stark gesunken sind. Dort waren auch die Freien Wähler bei der Landtagswahl stark. Ganz offensichtlich ist die Unzufriedenheit der Wähler, die sich bei der Landtagswahl entlud, noch nicht abgeklungen. Neues Vertrauen wächst nur langsam.

Die Bundestagswahl am 27. September 2009 hat neben einem wichtigen Regierungsauftrag CDU und CSU auch viele Hausaufgaben beschert. Die Koalitionsvereinbarung ist eine gute Grundlage, diese Fragen anzugehen und Vertrauen zurückzugewinnen. Regierungshandeln genügt dazu allein jedoch nicht. Deshalb sind alle Mitglieder aufgerufen, sich an dieser Diskussion zu beteiligen und mit inhaltlichen Vorschlägen einzubringen. Wir brauchen eine breite Diskussion, bei der wir uns auch Nichtmitgliedern öffnen sollten.